GGP

GRUNDGESETZ-PARTEI DEUTSCHLANDS

Öffentliches Arbeitspapier 3.0 - Kurzfassung

Vorgründungsphase

Politik am Grundgesetz prüfen. Nicht das Grundgesetz an Politik anpassen.

Arbeitsgrundlage zu Selbstverständnis, Methode, Wehrhafter Demokratie, Transparenz, Governance, Europa und Kommunikation

Stand: 21.10.2026

Arbeitspapier. Keine Rechtsberatung. Rechtliche Regelungen und Schwellenwerte sind vor praktischer Anwendung fachkundig zu prüfen.

Copyright GGP 2026

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

Vorbemerkung zur öffentlichen Vorgründungsfassung

Die GGP befindet sich in der Vorgründungsphase. Dieses Papier beschreibt den derzeitigen öffentlichen Arbeitsstand. Es ist kein fertiges Parteiprogramm und kein Ersatz für spätere Beschlüsse einer Gründungsversammlung.

Die Ausgangsfrage bleibt: Wie kann demokratischer Gestaltungswille wieder politisch tragfähig werden, ohne in Lagerdenken, Empörung oder einfache Scheinlösungen zu kippen?

Die GGP setzt dafür nicht auf eine neue Ideologie. Ihr Maßstab ist das Grundgesetz. Es wird nicht an politische Wünsche angepasst. Politische Vorschläge werden am Grundgesetz geprüft.

Das ist ein Unterschied. Das Grundgesetz gibt harte Grenzen vor, enthält Schutz- und Handlungsaufträge und lässt zugleich politischen Gestaltungsspielraum. Genau in diesem Raum muss demokratische Politik begründen, abwägen, entscheiden und Verantwortung übernehmen.

Die GGP will deshalb nicht zuerst fertige Antworten verteilen. Sie will zeigen, wie Antworten zustande kommen: Verfassungsrahmen klären, Spannungen sichtbar machen, Tatsachen und Folgen prüfen, Alternativen vergleichen, Entscheidung begründen.

Diese Methode gilt für eigene Vorschläge genauso wie für Ideen anderer Parteien. Eine Prüfung, die nur bestätigt, was man ohnehin glaubt, ist wertlos.

Öffentlichkeit und Resonanz werden derzeit bewusst vor dem formalen Gründungsschritt ausgebaut. Aus belastbaren Kontakten, Fachgesprächen und gemeinsamer Sacharbeit soll später der Gründungskreis entstehen.

Verfassungsanker: insbesondere Art. 1, 20, 21, 23 und 79 Abs. 3 GG. Quellen- und Befundanker: siehe Abschnitt 9.

Inhaltsübersicht

- 1. Warum die GGP?
- 2. Wie GGP zu politischen Positionen kommt
- 3. Wehrhafte Demokratie
- 4. Finanz- und Transparenzordnung
- 5. Governance und Compliance
- 6. Europa
- 7. Mensch vor Mechanismus
- 8. Kommunikationscodex
- 9. Quellen- und Befundgrundlage

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

1. Warum die GGP?

Die GGP geht von einer Arbeitsdiagnose aus: Deutschland besitzt mit dem Grundgesetz ein starkes demokratisches Fundament. Gleichzeitig erleben viele Menschen Politik als schwer verständlich, taktisch, langsam oder weit weg von ihrer Lebenswirklichkeit. Vertrauen sinkt, wenn Probleme benannt, aber nicht sichtbar bearbeitet werden.

Die GGP ist kein Protest gegen die Republik. Sie ist ein Bekenntnis zur Republik.

Wir wollen kein anderes Deutschland. Wir wollen die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

1.1 Das politische Angebot

Die GGP bietet keine Ideologie, sondern einen Prüfmaßstab. Dieser Maßstab ist das Grundgesetz.

Daraus folgt ein anderes Verständnis von Politik: nicht Lager gegen Lager, sondern nachvollziehbare Prüfung; nicht Erregung, sondern Erklärung; nicht Macht um ihrer selbst willen, sondern Verantwortung für Freiheit, Würde, Sicherheit und Handlungsfähigkeit.

Die GGP will nicht behaupten, dass komplizierte Probleme einfach sind. Ihr Veröffentlichungsprinzip lautet:

> **Es ist nicht einfach. Aber Wegducken hat es schlimmer gemacht.**

1.2 Was die GGP nicht ist

- Keine Anti-Partei und kein Projekt gegen Wählerinnen und Wähler.
- Kein Protestverein und keine Empörungsmaschine.
- Keine neue Ideologie, die das Grundgesetz ersetzt oder überlagert.
- Keine basisdemokratische Ersatzarchitektur neben der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie.
- Keine Partei, die einfache Lösungen verspricht, wo die Wirklichkeit kompliziert ist.

Die GGP zieht klare Grenzen gegenüber Extremismus, Verfassungsfeindlichkeit, Menschenverachtung, Gewaltfantasien, Korruption, Intransparenz und autoritären Versuchungen. Sie bekämpft nicht Menschen. Sie prüft und kritisiert Handlungen, Strukturen und politische Angebote.

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

2. Wie GGP zu politischen Positionen kommt

Die wichtigste Weiterentwicklung der GGP ist nicht ein neuer Forderungskatalog. Es ist die Methode, mit der politische Forderungen entstehen.

Intern nennen wir das Arbeitsbild die GG-Bobbahn: Das Grundgesetz bildet die Bahn. Es setzt Grenzen, gibt an manchen Stellen Ziele und Schutzaufträge vor und lässt an anderen Stellen politischen Spielraum. Innerhalb dieser Bahn muss Politik steuern - nicht die Bahn nachträglich passend biegen.

2.1 Der öffentliche Prüfpfad

1. Verfassungsrahmen	Welche harten Grenzen, Grundrechte, Schutzpflichten oder Staatsziele gelten?	Was ist ausgeschlossen, geboten oder offen?
2. Spannungsverhältnisse	Welche legitimen Güter, Freiheiten, Belastungen oder Risiken stehen gegeneinander?	Konflikt wird sichtbar statt verdeckt.
3. Sachprüfung	Was wissen wir? Welche Ursachen, Wirkungen, Kosten, Nebenwirkungen und Alternativen sind belegt?	Befund, Kausalannahme und Prognose werden getrennt.
4. Gestaltungsspielraum	Welche verfassungsfesten Wege bleiben übrig?	Politische Optionen werden vergleichbar.
5. Entscheidung	Welche Option ist nach Abwägung am tragfähigsten - und warum?	Politische Verantwortung wird begründet und dokumentiert.

2.2 Spannungsregler statt Lagerreflex

Wo Grundrechte, Schutzpflichten, Freiheit, Sicherheit, Kosten, Folgen oder unterschiedliche Verfassungsziele aufeinandertreffen, entstehen Spannungen. Die GGP macht diese Spannungen sichtbar, bevor sie entscheidet.

Intern arbeitet die GGP dafür mit einem differenzierten Spannungsregler-System. Die vollständige Audit-Architektur bleibt Arbeitsinstrument. Öffentlich entscheidend ist die Logik: Keine Seite eines Konflikts wird einfach wegdefiniert. Belastungen, Gefahren, Alternativen, Faktenqualität und verbleibender Verfassungsspielraum werden nachvollziehbar geprüft.

Das Ziel ist kein mechanischer 50:50-Kompromiss. Ziel ist ein möglichst tragfähiger Ausgleich, bei dem kollidierende Verfassungsgüter soweit wie möglich wirksam bleiben.

2.3 Sachprüfung: erst wissen, dann wollen

Politik arbeitet oft mit drei verschiedenen Dingen, die sprachlich vermischt werden: Tatsachen, Annahmen über Ursachen und Prognosen über die Zukunft. Die GGP trennt sie.

- Befund: Was ist beobachtbar oder belastbar gemessen?
- Kausalannahme: Was verursacht nach heutigem Wissensstand was?
- Prognose: Was erwarten wir unter bestimmten Bedingungen?
- Unsicherheit: Was wissen wir noch nicht oder nur eingeschränkt?
- Alternativen: Welche ernsthaften anderen Wege gibt es - einschließlich der Nullvariante?

Ohne vergleichbare Daten oder transparente Umrechnung gibt es keinen sauberen Vergleich. Ändern sich tragende Annahmen wesentlich, wird die Entscheidung erneut geprüft.

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

2.4 Der GGP-Kompass entsteht aus Arbeit

Die GGP schreibt nicht zuerst einen vollständigen ideologischen Kompass und sucht danach passende Argumente. Der politische Kompass entsteht aus wiederholter Arbeit an konkreten Fragen.

Jeder Politikbereich wird nach demselben Maßstab geprüft. Daraus werden über die Zeit belastbare Grundsätze sichtbar: Wo setzt das Grundgesetz Grenzen? Wo erteilt es Aufträge? Wo verlangt es Ausgleich? Wo lässt es demokratische Wahlfreiheit?

Das Ergebnis ist Wissensherrschaft statt Herrschaftswissen: Quellen, Annahmen, Abwägungen und Entscheidungen sollen nachvollziehbar sein.

2.5 Gleiche Messlatte - auch für uns selbst

Die GGP prüft eigene Vorschläge mit derselben Strenge wie fremde. Wenn ein Audit eine eigene Annahme widerlegt, wird nicht das Audit angepasst. Die Position wird geändert.

Keine größere Methode oder politische These gilt als fertig, bevor sie einen Praxisanker bestanden hat: einen realen Fall, eine Gegenprobe und - wo sinnvoll - eine Skalierungsprobe. Das schützt vor dem Elfenbeinturm.

Kurzform: Verfassungsprüfung. Realitätsprüfung. Verständlichkeitsprüfung. Dann Entscheidung.

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

3. Wehrhafte Demokratie

Die GGP versteht wehrhafte Demokratie nicht als autoritäre Härte. Sie versteht sie als Pflicht des Rechtsstaats, Freiheit und Menschenwürde gegen Kräfte zu schützen, die diese Ordnung gezielt beschädigen oder abschaffen wollen.

Die GGP reagiert nicht aus Wut. Sie fordert keine Sonderwege, keine willkürliche Härte und keine politische Bestrafung. Sie fordert konsequente, überprüfbare und verfassungsfeste Anwendung des Rechts.

> **Wer die FDGO angreift, trifft nicht auf Willkür, sondern auf den Rechtsstaat.**

Verfassungsanker: Art. 1 GG, Art. 20 GG, Art. 21 GG, Art. 79 Abs. 3 GG sowie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

3.1 Rote Linien

- keine politische Strafjustiz
- keine Kollektivbestrafung
- kein Entzug von Rechten ohne gesetzliche Grundlage
- keine pauschale Verdächtigung von Wählergruppen
- keine Gewaltfantasien und kein Feindstrafrecht
- keine Rhetorik, die den Rechtsstaat selbst autoritär klingen lässt

Härte ist keine Stimmung. Härte ist eine Rechtsfolge. Sie entsteht aus Gesetz, Verfahren, Beweis, Urteil und Kontrolle.

3.2 Umgang mit verfassungsfeindlichen Parteien und Bewegungen

Die GGP unterscheidet zwischen Wählern, Mitgliedern, Funktionären, Organisationen und verfassungsfeindlichen Zielsetzungen. Menschen werden nicht pauschal abgeschrieben. Organisationen und Handlungen werden dort klar benannt, wo belastbare Befunde vorliegen.

> **Im Zweifel für die demokratische Erreichbarkeit des Menschen - aber niemals gegen den Rechtsstaat.**

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

4. Finanz- und Transparenzordnung

Geld darf politische Arbeit ermöglichen, aber nie politische Abhängigkeit erzeugen. Eine Partei, die das Grundgesetz in den Mittelpunkt stellt, muss in ihrer Finanzierung mehr leisten als bloße Gesetzeskonformität. Sie muss Vertrauen sichtbar machen.

Rechtsstand und Schwellenwerte sind vor Gründung und vor Annahme größerer Spenden jeweils anhand des geltenden Parteiengesetzes zu prüfen. Nach aktuellem Stand sind Spenden, die im Einzelfall 35.000 EUR übersteigen, unverzüglich der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Deutschen Bundestages anzuzeigen.

4.1 Leitprinzipien

Rechtskonformität	Alle Finanzflüsse entsprechen Parteiengesetz, Satzung und Grundgesetz.
Transparenz	Mitglieder und Öffentlichkeit können Finanzierung und wesentliche Geldflüsse nachvollziehen.
Unabhängigkeit	Keine finanzielle Quelle bestimmt die politische Linie.
Sparsamkeit	Mittel folgen Aufgabe und Bedarf, nicht Selbstdarstellung.
Nachvollziehbarkeit	Ausgaben werden begründet, belegt und zuständig freigegeben.

4.2 GGP-Standard für Spenden

Kleinst- und Standardspenden	Dokumentierte Zuordnung und nachvollziehbare Erfassung.
ab 1.000 EUR	Interne Transparenz und aggregierte Auswertung; namentliche Veröffentlichung nur rechtssicher und datenschutzkonform.
ab 5.000 EUR	Zusätzliche Compliance-, Herkunfts- und Interessenkonfliktprüfung.
ab 10.000 EUR	GGP strebt erhöhte öffentliche Transparenz an; rechtssichere Einwilligungs- und Veröffentlichungsprozesse erforderlich.
über 35.000 EUR	Gesetzliche Sofortmeldung nach § 25 Abs. 3 PartG; zusätzliche GGP-Transparenz.

Unternehmensspenden werden in der Startphase grundsätzlich nicht angenommen. Anonyme Spenden werden im GGP-Standard möglichst vermieden; gesetzliche Vorgaben bleiben maßgeblich.

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

5. Governance und Compliance

Governance ist bei der GGP kein Apparat. Governance ist Schutz. Sie schützt die Partei vor Übernahme, Überhitzung, Intransparenz, Personenkult und juristischen Fehlern.

Schriftlichkeit	Wichtige Entscheidungen werden dokumentiert.
Vier-Augen-Prinzip	Finanzielle, rechtliche und personelle Entscheidungen brauchen mindestens zwei zuständige Freigaben.
Mandat vor Meinung	Wer ein Amt ausübt, handelt im Rahmen seiner Zuständigkeit.
Kontrolle ohne Misstrauen	Kontrollorgane sind normaler Bestandteil guter Organisation.
Beratung und Entscheidung trennen	Fachkreise beraten; zuständige Organe entscheiden.
Rechtsstaatlichkeit intern	Ausschlüsse, Sanktionen und Streitfragen laufen über geordnete Verfahren.

5.1 Compliance-Felder

Die GGP baut einfache Prüfroutinen für Finanzen, Spenden, Datenschutz, Interessenkonflikte, Extremismusprävention und öffentliche Kommunikation auf. Jede Routine braucht eine zuständige Person, Dokumentation und eine Eskalationsregel.

5.2 Krisenmechanismus

Nicht jede Provokation verdient Antwort. Nicht jede Kritik ist Angriff. Nicht jede Medienanfrage ist Gefahr.

Falsche Tatsachenbehauptung	kurze sachliche Korrektur, Beleg, keine Empörung
Ideologische Zuschreibung	eigene Position wiederholen; keine Lagerdebatte
Extremismusvorwurf	rechtsstaatliche Linie erklären und Quellen offenlegen
Interner Konflikt	Satzung und Verfahren; keine öffentliche Eskalation
Spendenkritik	Transparenz und Prüfprozess offenlegen

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

6. Europa

Die GGP bekennt sich zur Europäischen Union und zum Euro. Dieses Bekenntnis ist verfassungsorientiert und strategisch. Europa ist kein Ersatz für nationale Demokratie, sondern eine Struktur, in der souveräne Staaten gemeinsame Probleme besser lösen können.

Europa erweitert die Handlungsfähigkeit souveräner Staaten. Es ersetzt sie nicht.

Verfassungsanker: Art. 23 GG. Europäische Integration ja, demokratische Kontrolle ja, Kompetenzklarheit ja, nationale Selbstaufgabe nein.

Pro EU	Die EU ist Friedens-, Freiheits- und Stabilitätsraum.
Pro Euro	Die gemeinsame Währung bleibt strategische Grundlage.
Pro Souveränität	Nationale Demokratie bleibt Grundlage legitimer Integration.
Pro Subsidiarität	Europa soll tun, was Europa besser kann; Deutschland, was Deutschland besser kann.
Pro Rechtsstaat	EU-Handeln muss rechtsstaatlich, demokratisch und transparent bleiben.
Pro Reform	Was nicht funktioniert, muss geändert werden.

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

7. Mensch vor Mechanismus

Die GGP will keine Verwaltungspartei werden. Institutionen werden nicht um ihrer selbst willen gestärkt. Sie werden gestärkt, weil Menschen Freiheit, Schutz, Orientierung, Zeit und Verlässlichkeit brauchen.

Klarheit ist nicht Kälte. Klarheit ist Respekt.

Wir verbessern Verwaltungseffizienz.	Wir geben Menschen Zeit und Verlässlichkeit zurück.
Wir stärken Institutionen.	Wir schützen Freiheit durch starke Institutionen.
Wir optimieren Prozesse.	Wir machen staatliches Handeln einfacher und verständlicher.
Wir kontrollieren Extremismus.	Wir schützen die Ordnung, die jedem Menschen Freiheit gibt.
Wir reformieren Gesetzgebung.	Wir sorgen dafür, dass Gesetze verständlich, wirksam und verfassungstreu sind.

7.1 Praxis vor Elfenbeinturm

Politik beginnt im Alltag. An der Kasse. Im Wartezimmer. Beim Behördenbrief. In der Schule. Bei der Frage, ob Arbeit trägt und der Staat funktioniert.

GGP-Texte übersetzen deshalb abstrakte Politik in konkrete Lebenssituationen. Nicht, um Komplexität zu verstecken, sondern um ihre Bedeutung sichtbar zu machen.

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

8. Kommunikationscodex

Die öffentliche Sprache der GGP folgt einem einfachen Anspruch: verständlich, wahr, bodenständig, grundgesetzgebunden. Emotion ist kein Verkaufstrick. Emotion ist der Befund.

8.1 Die Kernregeln

- KISS / 8-Jährigen-Test: Wenn der Kern nicht einfach erklärbar ist, ist die Kommunikation noch nicht sauber.
- Butter + Brot: kurze Sätze, Alltagssprache, konkrete Lebenssituationen, Bilder und Gleichnisse.
- Dschinni-Prinzip: Form, Beispiel, Ton und Sprache passen sich dem Gegenüber an. Der Inhalt bleibt unverändert.
- Nutzerperspektive: Nicht erklären, wie toll GGP ist. Vom Problem und Nutzen für Bürgerinnen und Bürger ausgehen.
- Brutal ehrlich im Inhalt, ruhig im Ton: Understatement, tell-it-like-it-is, keine PR-Lackschicht.
- Keine Füllwörter und keine unnötigen Konjunktive.
- Keine pastorale Sprache. Nicht predigen, nicht salben, nicht beschwichtigen.
- Keine einfachen Lösungs-Losungen. Einfach sprechen, ohne die Wirklichkeit falsch zu vereinfachen.
- Tatsachenbehauptungen belegen. Haltung als Haltung. Arbeitsthese als Arbeitsthese.
- Bei Fehlern schnell korrigieren. Nicht verteidigen, nur weil etwas schon veröffentlicht wurde.

8.2 Fünfklang für Veröffentlichungen

> **Persönlicher oder konkreter Einstieg -> konkretes Bild -> überprüfbare Tatsache -> klare Schlussfolgerung -> erinnerbarer Satz.**

Kurzform: Erst berühren. Dann belegen. Dann sagen, was folgt.

8.3 Goldsätze

- Nicht Wut, nicht Lager, sondern: Grundgesetz.
- Es ist nicht einfach. Aber Wegducken hat es schlimmer gemacht.
- Klar sagen. Sauber prüfen. Dann handeln.
- Einfach sprechen. Nicht einfach tun.
- Der Inhalt bleibt stehen. Die Sprache bewegt sich zum Menschen.
- Außen Hemdsärmel. Innen Maschinenraum.
- Wir sind keine Partei gegen Menschen. Wir sind eine Partei für das Grundgesetz.

8.4 Tabus

Tabu sind: Gewaltbilder, Entmenschlichung, Staatsanmaßung, Parteiverbote als Parole, nationale Symbolüberladung, Kollektivschuld, pauschale Wählerbeschimpfung, Verschwörungsframes, künstliche Empörung, aggressive Meme-Ästhetik und jede Nähe zu extremistischer Bildsprache.

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

9. Quellen- und Befundgrundlage

Die GGP trennt in öffentlichen Aussagen drei Ebenen: Befund und Quelle - politische Schlussfolgerung - öffentliche Formulierung. Nur so bleibt verständliche Sprache ehrlich.

9.1 Befundketten

In großen Teilen der Bevölkerung ist demokratischer Gestaltungswille vorhanden.	Politische Arbeitsthese mit empirischer Stützung.	Q8-Q12, Q18
Viele erleben Politik als schwer verständlich, taktisch oder weit weg.	Befundnahe Verdichtung; nicht als Totalbehauptung formulieren.	Q8-Q11, Q16-Q18
AfD-Wählerinnen und -Wähler sind nicht pauschal als demokratisch verloren zu behandeln.	Strategische Schlussfolgerung aus heterogener Befundlage.	Q13-Q18
Rechtspopulistische Positionen zu kopieren ist kein verlässlicher Weg, radikal rechte Parteien zu schwächen.	Gut belegte politikwissenschaftliche Warnung; nicht absolut formulieren.	Q15 sowie Q13, Q16, Q17
Wehrhafte Demokratie heißt rechtsstaatlich, nicht autoritär.	Stark verfassungsrechtlich verankert.	Q1, Q2, Q6, Q7
Parteien brauchen transparente Finanzen und demokratische Binnenordnung.	Stark rechtlich verankert.	Q1-Q5

9.2 Quellenverzeichnis

Q1 - Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Art. 1, 20, 21, 23 und 79. https://www.gesetze-im-internet.de/gg/

Q2 - Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), insbesondere §§ 1, 2, 6, 10, 11, 23 ff. und 25 PartG. https://www.gesetze-im-internet.de/partg/

Q3 - Die Bundeswahlleiterin: Parteigründung. https://www.bundeswahlleiterin.de/parteien/parteigruendung.html

Q4 - Die Bundeswahlleiterin: Rechtsgrundlagen und Unterlagensammlung für Parteien. https://www.bundeswahlleiterin.de/parteien/rechtsgrundlagen.html

Q5 - Deutscher Bundestag: Parteispenden über 35.000 EUR / § 25 Abs. 3 PartG. https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/fundstellen50000

Q6 - Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 17.01.2017, 2 BvB 1/13 (NPD-Verbotsverfahren). https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/01/bs20170117_2bvb000113.html

Q7 - Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 23.01.2024, 2 BvB 1/19 (Ausschluss der Partei Die Heimat von staatlicher Parteienfinanzierung). https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2024/01/bs20240123_2bvb000119.html

Q8 - Friedrich-Ebert-Stiftung: Mitte-Studie 2024/25 - Die angespannte Mitte. https://www.fes.de/mitte-studie/news-seite

Q9 - More in Common Deutschland: Gesellschaft vor der Neuwahl 2024 - Orientierung gesucht. https://www.moreincommon.de/publikationen/orientierung-gesucht-neuwahlen/

Q10 - More in Common / Robert Bosch Stiftung: Beziehungskrise? Bürger und Demokratie in Deutschland. https://www.moreincommon.de/wp-content/uploads/2021/06/demokratie_einstellungen_studie_more_in_common_bosch_stiftung.pdf

Q11 - More in Common Deutschland: Zukunft und Vertrauen - Was der Zusammenhalt 2030 braucht. https://www.moreincommon.de/publikationen/zusammenhalt-2030/

Q12 - Bertelsmann Stiftung: genNow - Junges Engagement für sozialen Wandel. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gennow-junges-engagement-fuer-sozialen-wandel

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

Q13 - Bundeszentrale für politische Bildung: Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/

Q14 - Freie Universität Berlin / Universität Konstanz: Was AfD-Wähler*innen verbindet - und trennt. https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2026/fup_26_082-afd-waehlerschaft-typen/index.html

Q15 - Krause, Cohen, Abou-Chadi (2023): Does accommodation work? Political Science Research and Methods 11(1), 172-179. https://doi.org/10.1017/psrm.2022.8

Q16 - Konrad-Adenauer-Stiftung: Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2025. https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/wahlmotive-bei-der-bundestagswahl-2025

Q17 - Konrad-Adenauer-Stiftung: Politische Stimmung vor der Bundestagswahl 2025 und Erwartungen an die Parteien. https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/politische-stimmung-vor-der-bundestagswahl-2025-und-erwartungen-an-die-parteien

Q18 - Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB): Die Vertrauenslücke. https://wzb.eu/en/node/82090

9.3 Öffentliche Sprachregel zur Quellenbindung

- Tatsachenbehauptungen werden quellenabgesichert oder als Arbeitsthese kenntlich gemacht.
- Rechtliche Aussagen erhalten einen Verfassungs-, Gesetzes- oder Rechtsprechungsanker und werden vor praktischer Anwendung fachkundig geprüft.
- Politische Schlussfolgerungen werden als Schlussfolgerungen der GGP bezeichnet, nicht als neutrale Wissenschaftstatsachen.
- Öffentliche Formulierungen bleiben kurz und verständlich - ohne Wirklichkeitsverbiegung.

Klarheit statt Schwafeln. Beleg statt Behauptungsnebel. Haltung ja - aber ohne Wirklichkeitsverbiegung.

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026

Vorgründungsphase: Einladung zur Mitarbeit und Prüfung

Die GGP ist noch keine gegründete Partei. Die programmatische und methodische Vorarbeit ist weit fortgeschritten; rechtliche und organisatorische Grundlagen liegen als Arbeitsstand vor.

Der nächste Schritt wird nicht künstlich beschleunigt. Die GGP baut derzeit Sichtbarkeit, Resonanz, Fachkontakte und belastbare Kommunikationswege auf. Wer sich ernsthaft mit dem Ansatz auseinandersetzen will, ist eingeladen, zu lesen, zu prüfen, zu widersprechen und Kontakt aufzunehmen.

Gesucht werden keine Claqueure. Gesucht werden Menschen mit Urteilskraft, demokratischer Festigkeit, Sachkenntnis und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Kontakt: kontakt@gg-partei.de

Website: https://www.gg-partei.de

Stand: 21.10.2026 | Copyright GGP

Alle Rechte vorbehalten GGP 2026